

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme
des Sonntags und Feiertags.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 6.00 Mk.
Pränumer. frei ins Haus.
Durch die Post bezogen
1.60 Mk. exkl. Postgeb.

„Die Neue Welt“
(Wochenblatt für die Arbeiter)
durch die Post nicht bezugbar,
kollert monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Verlagsamt: Halle a. S.
Verlagsbuchhandlung.

Volksblatt

Insertionsgebühr
betragt für die 6 Spalten
je Zeile oder deren Raum
20 Pfennig.
Für ausserordentliche Anzeigen
30 Pfennig.
Zur reklamistischen Stelle
kollert die Zeile 75 Pfennig.

Interesse
für die fällige Nummer
müssen spätestens die vor-
mittags 10 Uhr der
Expedition aufgegeben
sein.

Eintragungen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1 1/2 Uhr mittags.

Provozierung der Rechtslosen!

Das Klassenhaus peitscht zum Wahlrechtskampf!

Es ist die höchste Zeit, daß die dreifach erdrückten Volksmassen den Kampf für das gleiche Wahlrecht in Preußen wieder energisch aufnehmen. Das Dreiklassenhaus peitscht die Massen geradezu dazu, wie es sich in der letzten Sitzung am Dienstag auswirkte.

Wenn das Volk irgendwie noch einen Rest von Vertrauen zu dem Klassenparlament gehabt hätte, das volksfeindliche Loben am Dienstag hätte es befehrt, daß sich Klassenparlamente genau so benehmen müssen, wie der Charakter des brutalen Klassenwahlrechts ist, auf dem sie beruhen. Man kann von Dörsen keine Heiligen erwarten.

Am nächsten Sonntag müssen die großen Demonstrationssammlungen die Natur des Volkes formulieren!

Das Maß der Schuld gegen das Klassenrecht und des Klassenparlament ist im Volke erschöpft. Die eigenen Taten des verhassten Hauses brachten das zumwege.

Das preussische Dreiklassenhaus und die preussische Regierung haben sich am Dienstag ihrer selbst würdig gezeigt, indem sie der Forderung von Noabitt stürmische Guldigungen darbrachten. Keum jemals haben sich die Mehrheitsparteien eines Parlaments durch schamlose Anbetung der brutalen Gewalt der Mehrheit dem Volke kluggestellt, wie es die überwältigende Mehrheit des Dreiklassenhauses getan hat. Der Chor der Junker und Landwirte wühlte sich für sich in Segenswünschen rufen, während der Volksminister v. Dallwitz in quälendem Dilemma das Gehörte des Schimpansenspieles sang und die bewundernswerte Ruhe und Kaltblütigkeit vries, die die Forderung in Noabitt an den Tag gelegt haben soll.

Während das von der Regierung ausgesandte Gericht, die Viererkammer, nicht umhin konnte, der Verteidigung zuzugehen, daß von „ber Einzeln“ politizierenden Mitglieder schlechthin nicht mehr die Rede sein könne, sondern daß solche Mitglieder und Uebergriffe in größerer Zahl vorgekommen seien, während selbst der Staatsanwalt eine Untersuchung gegen die uniformierten Zuschläger des erschlagenen Hermann ankündigt, bringt der preussische Volksminister es fertig, die Tugenden derer zu preisen, die vom Gericht moralisch verurteilt sind und die der Staatsanwalt pflichtgemäß verfolgen zu wollen angibt! Selbst eine Untersuchung der gerichtlich festgestellten Mißgriffe angukindigen, anstatt eine Reform vorzuschlagen, die der städtischen Bevölkerung Sicherheit gegen die Wiederholung solcher Schandthaten gewährt, kündigt der Volksminister v. Dallwitz an, daß in ähnlichen Fällen in gleicher Weise vorgegangen werden würde. Diese brutale Verdröhung der städtischen Bevölkerung nahm das preussische Abgeordnetenhaus mit einem überbelebten Jubel auf, der fast die Wände des Saales erzittern ließ. Selbst Herrn v. Redlich ausgesandt wüßte Schamraderbeere erfischen nach dem rednerischen Ertrag des Ministers beinahe matt.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat durch diese Gefühlsausbrüche, mit denen es die Rede des Ministers begleitete, sehr gegen seine Absicht, dem deutschen Volke einen Dienst zu erwiesen. Es hat kein wahres Gesicht gezeigt. Das deutsche Volk und mit ihm die ganze Kulturwelt muß sich genau die Höhe dieser „Kollvertreter“ einprägen. Und kein Zweifel kann darüber bestehen, daß sich eine unauflösbare Kluft öffnet zwischen dem Volke und der überwältigenden Mehrheit dieser erst preussischen Klassenvertretung. Wisnand hat sich in seinen wilden Jamben den Wunsch ausgesprochen, daß die Städte mit ihren Bewohnern vom Erdboden ausgelöscht werden möchten. Dieser bis zur wilden Wut gesteigerte Jambenchor gegen städtisches Wesen und städtische Kultur legt auch in der neuesten Umgebung der jüdischen Parteien des preussischen Dreiklassenhauses; ginge es nach den Wünschen der reaktionären Schreier, dann müßten Edeln, Karabiner und Maschinen-gewehre nächstens vollen, was von Wisnand einst den Städten und ihren Bürgern angekündigt wurde. Ueber diese Bemerkung des Jambenchorers wüßte sich kein Abgeordneterhandbehalte vom 17. Januar 1911 kein Zweifel mehr bestehen können, und es ist klar, daß dem Volk Gelegenheit gegeben worden ist, in diesen Dingen vollkommen klar zu sehen.

Der eigentliche Grund dieses Ausbruchs volksfeindlicher Leidenschaft ist dann von dem zweiten Konserativen Redner Herrn v. Arnim-Zuseborn aufgedeckt worden. Es ist doch sicher nicht die Begeisterung für die städtische Streikbrecher-garde oder das Interesse an den Geschäften von Stinnes u. Co., das die Herrschaften zu solcher Wut entflammte. Es ist vielmehr das Gefühl, daß es ihnen jetzt fe über an den Fragen geht, und daß die rudiöse Herrschaft, die ihre Klasse seit Jahr und Tag in Preußen-Deutschland auslitt, nahe daran ist, zusammenzubrechen. Die Wahlreform steht vor der Tür! Wenn Herr v. Arnim-Zuseborn sagt, das Verprechen der Abgeordneten sei dem geschicktesten Entwurf des Herrn v. Weismann eingeleist und nach einer neuen Vorlage bestche „kein Bedürfnis“, so preist die Lippe etwas aus, wovon das Herz nichts weiß. Daß mit der Zurückführung einer niemals ernst gemeinten und nicht ernst zu nehmenden Vorlage ein dem Volk gegebenes Verprechen eingelöst werden könne, ist eine Behauptung, die von der Berufswelt diffamiert wird. Und ob ein

Bedürfnis nach einer preussischen Wahlreform besteht, darüber werden in die Massen des preussischen Volkes dann der Einladung, die die Sozialdemokratie zum nächsten Sonntag an sie ergehen läßt, selber zu befinden haben.

Die Vorgänge vom 17. Januar müssen auch dem Volke klar gemacht haben, daß nicht nur ein Bedürfnis nach einer Wahlreform besteht, sondern daß die Befestigung der Dreiklassen-herrschaft zur Lebensfrage des deutschen Volkes geworden ist. Ein Parlament, das in seiner Mehrheit in so frecherhafter Weise die Gemächtern verberichtet, die an der städtischen Bevölkerung begangen worden sind, ein Parlament, das ein so offenkundiges Verkenntnis zum Ausgangspunkt des Schicksals abgelegt hat, hat sich vor der Weltgeschichte selbst sein Urteil gesprochen.

Das System der Klassenvertretung muß gebrochen werden und zu Ende gehen, wenn das deutsche Volk fortschreiten und leben will. Die Enttönung des Wahlrechtskampfes muß neue Tausende in die Bewegung hineinziehen, die bisher noch abseits standen.

Das Volk muß sich seine Wahlreform errotken, und es wird sie errotken, sei es über kurz oder lang. Kann das stürmische Begehren der Massen das gleiche Recht nicht jetzt erzwingen, so werden die Reichstagswahl den herrschenden Parteien eine zerstückelnde Niederlage bereiten. So oder so: das gleiche Recht ist die Lebensfrage der deutschen Zukunft.

Es wird kommen, wenn die Massen sprechen!

Frauentag.

Der unauflösbare vorwärts treibende Strom der ökonomischen Entwicklung hat Millionen von Frauen aus dem schützenden Heim und der allgewohnten Familien-tätigkeit hinausgedrückt: in die Erwerbsarbeit, in den wilden Kampf ums Dasein.

Mit Hand und Hirn im Produktionsprozess als Gleichberechtigte tätig, im Konkurrenzkampf den gleichen Gefahren und Kämpfen preisgegeben, wie der Mann, fehlen ihnen doch die gleichen Waffen für diese Kämpfe: die politischen Rechte!

Politische Minderbegriffen, vor allem die Furcht vor der wachsenden Macht der Arbeiterklasse oder machen Regierung und bürgerliche Mehrheitsparteien zu den schlimmsten Feinden einer weiteren Demokratisierung des Wahlrechts und damit zu Feinden des Frauenwahlrechts. Philtterhaftigkeit, der alte Herrenstandpunkt und kleinliche Konkurrenzfurcht lassen ebenfalls zahlreiche Kämpfer gegen das Frauenwahlrecht auf dem Plan erscheinen; obwohl die Tätigkeit im Produktionsprozess, die Pflichten der Mutterpflicht und ihre Steuerleistungen (direkte und indirekte) den Frauen einen mehr als wohl begründeten Rechtsanspruch auf das Wahlrecht geben. Allein die Sozialdemokratie, stehend auf dem unerlöschlichen Boden geschichtlicher Entwicklung, tritt energisch und rücksichtslos für die volle politische Gleichberechtigung der Frau ein.

Die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau war bei der Sozialdemokratie niemals nur ein dekorativer Programmpunkt, sondern stets eine mit allem Ernst und aller Lebhaftigkeit vertretene Forderung. Es wurde kein Wahl- und kein Wahlrechtskampf geführt, bei dem nicht mit allem Nachdruck auch das Frauenwahlrecht propagiert worden wäre. Im Parlament und bei der öffentlichen Agitation; immer ist das Frauenwahlrecht mit denselben Eifer und derselben Wärme von unseren Abgeordneten und Rednern gefordert worden, als eine Waffe im Gegenpartei-kampf und ein Mittel zur Eroberung der politischen Macht.

Am 19. März dieses Jahres wird nun die sozialdemokratische Partei die erste allgemeine Agitation im Reich veranstalten, die lediglich für die Propaganda für das Frauenwahlrecht dient: den sozialdemokratischen Frauentag.

Am 19. März werden in allen Orten, in denen von einer Frauenbewegung die Rede sein kann, Frauenversammlungen stattfinden, in denen die Frage des Frauenwahlrechts behandelt werden wird; des politischen Frauenwahlrechts, des Wahlrechts zur Kommunalverwaltung, zu den Kaufmanns- und Gewerbeoberämtern und des Wahlrechts zu den Verwaltungs-örtern der sozialen Berührung.

Die Gewerkschaften, die, abgesehen vom politischen Frauenwahlrecht, vor allem auch ein Interesse daran haben, daß die Arbeiterinnen die genannten Wahlrechte erobert, um damit wirksamere Waffen für ihren gewerkschaftlichen Kampf zu erhalten, werden der Frauenwahlrechtsaktion die weitestgehende Unterstützung zuteil werden lassen. So von der großen Gesamt-arbeiterbewegung getragen, wird der sozialdemokratische

Frauentag zu einer gewaltigen Demonstration für die politische und soziale Gleichberechtigung der Frau werden.

In Preußen, Elsaß-Lothringen und einer Reihe kleiner deutscher Bundesstaaten, in denen wir im Wahlrechtskampfe stehen, wird der Frauentag eine kräftige Belebung und Förderung dieses Kampfes bedeuten, in dem er das Meer der Klumpen vergrößert, die Rechtslosen der Rechtslosen gegen Richter und Unterdrückung aufreißt!

Je mehr als das: Entschepfer der Ueberlegung, daß der Sieg die beste Verteidigung ist, wird der Frauentag zu einer kräftigen Anbahnung gegen Wahlrechtsfeinde und Staatsfeinde werden, denn die Propagierung des Frauenwahlrechts bedeutet die Propagierung der weitestgehenden demokratischen Ausgestaltung des Wahlrechts.

In der Veranstaltung des sozialdemokratischen Frauentages sehen die Genossinnen die Erfüllung des Wunsches, der auf der internationalen Kopenhagener Frauenkonferenz ausgesprochen wurde. Nun ist es ihre Sache, im Einverständnis mit den Organisationsleitungen alles zu tun, was ein Gelingen der geplanten Aktion fördern und sichern kann. Vor allem gilt es, die Vortragsaktion in der umfassendsten Weise zu betreiben: in Fabrik und Werkstatt, in Laden und Kantor, in die Familien und auf unsere Feste, in Versammlungen und Lesende, in Stadt und Land muß die Kunde von dem geplanten Frauentag getragen werden; überall muß zu seinem Zweck aufgeföhrt werden.

Die Genossinnen müssen dafür sorgen, daß die Indifferenten und Gleichgültigen die Wichtigkeit des Frauentages begreifen; sie müssen Begeisterung in ihnen wecken und zur hellen Flamme führen, ihnen klar machen, daß es sich um ihre Sache handelt: um die Eroberung des vollen Bürgerrechts der Frau.

Die Landtagswahlen in Finnland.

Aus Finnland wird uns gemeldet: Die Ergebnisse der Landtagswahlen bedeuten einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie, der um so höher zu veranschlagen ist, als er in einer Periode harter politischer Kämpfe erfochten worden ist und darum als ein Vertrauensvotum der breiten Massen an die sozialdemokratische Politik angesehen werden kann. Die Stimmen- und Mandatszahl der finnischen Sozialdemokratie befindet sich seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in aufsteigender Linie: Bei den ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes im Jahre 1907 eroberte sie im ersten Anlauf 80 Mandate (von insgesamt 200), 1908 steigerte sich diese Zahl auf 83, 1909 auf 84, 1910 auf 86, und jetzt hat die Sozialdemokratie nicht nur ihre sämtlichen Mandate besauplet, sondern auch noch dem Stände der Kleinbauern ein Mandat abgenommen. Die vorige Wahl-aktion unserer finnischen Genossen hat schon Früchte getragen und die Erwartungen aller Feinde der proletarischen Bewegung aufzuheben gemacht, die angeichts der kritischen politischen Lage Finnlands ein Aufschwümen der sozialdemokratischen „Mittläufer“ erwartet hatten. Die diesjährigen Wahlen haben erneut gezeigt, daß die Wadstellung der finnischen Sozialdemokratie keine Zufallserscheinung ist und nicht von „Mittläufern“ abhängt. Hinter ihr stehen die Arbeiterbataillone Finnlands, die sich angeichts der bevorstehenden schweren Kämpfe gegen die russischen Eroberer mit noch größerer Geschlossenheit um ihre Partei, um ihr sozialdemokratisches Banner lagern.

Die Aufgaben, die dem neuen Landtag bevorstehen, sind ganz enorm. Wesentlich hat der Jar den vorigen Landtag, wie in den vorhergehenden Jahren die drei ersten Landtage, aufgelöst, weil sich die Vertreter des finnischen Volkes der russischen Gewalt nicht fügen wollten. Der letzte Landtag war im Herbst vorigen Jahres zu einer außerordentlichen Session einberufen worden, um über zwei höchst wichtige Gesetzesvorlagen sein „Gutachten“ abzugeben, die der russische Minister auf Grund des „allgemeinen staatlichen“ Erdforschungsgesetzes vom 30. Juni 1910 ausgearbeitet hatte. Der Landtag sagte dieser Zustimmung der Petersburger Regierung ein ebenso einstimmiges, kategorisches „Nein“ entgegen, wie in der vorhergehenden Frühjahrsession, als Stolpin von der finnischen Volksvertretung verlangte, daß sie den vom Jaren im März angeordneten Rechtsraub, der Finnland in eine russische Provinz verwandelt, selbst gutheissen sollte. Der Landtag läßt sich geizigen, die Beratung der zugegangenen Vorlagen als verfassungswidrig abgelehnt, da er sonst das Erdforschungsgesetz vom 30. Juni sanktioniert und selbst aufzurufen hätte, den Galgen für die Freiheit Finnlands aufzurichten. Angeichts des einmütigen Protestes der finnischen Volksvertretung, wachte es die russische Regierung nicht, dem Drängen der Stütz- und Eisenpolitiker nachzugeben, die Verfassung einfach außer Kraft zu setzen und in Finnland den Verlegungsstadium zu proklamieren. Sie schlug den „kleineren verfassungsmäßigen Weg“ ein, indem sie den Landtag zum viermalen in vier Jahren! — auflöste und die Neuwahlen für den 2. Januar 1911 anberaumte. In Wirklichkeit verfolgt diese Politik, denn auch unter der Maske der „Gesamtmäßigkeit“,

Oesterreich-Ungarn.

Eine kaiserliche Reichsentscheidung.

In der ersten Sitzung des Reichsrats, der am Dienstag nach einer Pause von vier Wochen wieder eröffnet wurde, stellte sich das neuegebildete Ministerium dem Abgeordnetenhaus vor. Als der Ministerpräsident nach eröffnete Sitzung zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort ergriff, begannen die tschechisch-katholischen Abgeordneten zu lärmern. Sie sind gegen die Regierung besonders erbitet wegen der Volksabstimmung in den sprachlich gemischten Bezirken. Die tschechisch-katholischen Abgeordneten des Reichsrats erwiderten: „Sie gehören auf die Anklagebank!“ „Der Kaiserbogen soll heraus!“ „Ist das ein gerechtes Vergehen bei der Volksabstimmung?“, riefen Sie lieber von der Volksabstimmung! Die anderen Parteien ließen anfangs das Geschrei ruhig über sich ergehen, dann wurden aber auch bei den Deutschkatholiken Zustreife laut und der Lärm dauerte fort, so daß von der Erklärung Reicherts beinahe gar nichts zu hören war.

Der Ministerpräsident sprach sich in dieser Rede, die nach seiner Seite hin eine Spitze enthielt, für die wirtschaftliche Objektivität und gegen jedes einseitige Vorgehen in den nationalen Angelegenheiten aus. Er betonte sehr stark die Notwendigkeit des deutsch-tschechischen Ausgleichs, hinsichtlich dessen Maßnahmen nach der Vergebung und die sprachliche Ungleichheit und sagte, daß die Regierung auch eine Revision des Verfassungsentwurfes für das tschechisch-katholische Volk sehr interessieren, so weit als möglich vorlegen werde. Die Rede machte auf die Abgeordneten keinen Eindruck.

Frankreich.

Die Debatte über die auswärtige Politik.

Am Dienstag in der Deputiertenkammer wurde der Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, der Regierung der Vereinigten Staaten, mit allen Ländern allgemeine Schiedsgerichtsverträge zu schließen, Folge zu geben. Minister Ribot erwiderte, er könne diesem Antrag nicht zustimmen, da er gegenwärtig eine allgemeine schiedsgerichtliche Entscheidung von Fragen, die Frankreichs Lebensinteressen oder seine nationale Würde betreffen, nicht annehmen könne. (Beifall.) Die französische Regierung habe in der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit die Führung; er erinnere an die Abkommen, die auf die letzte Haager Friedenskonferenz gefolgt seien, und an denen sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz nicht beteiligen wollten. Ribot habe die Regierung der Vereinigten Staaten nur mit England einen Schiedsgerichtsvertrag vorgelegt. Der amerikanische Senat habe in diesem Falle die Gefahr erkannt, die darin liege, sich übereit in dieser Richtung festzulassen. Damit solle aber nicht gesagt sein, daß die französische Regierung gegen Schiedsgerichtsverträge sei; der Wunsch, daß Frankreich im Begriffe stehe, einen solchen mit Dänemark abzuschließen, beweise das Gegenteil. Jaures betonte in seiner Erwiderung, es genüge nicht, daß eine Nation klar sei, sie müsse auch tätigen Anteil an dem Kampfe für ein höheres Ideal der Gerechtigkeit nehmen. Schließlich verlangte er, daß sein Antrag der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen werde. Ribot stimmte sodann unter Aufrechterhaltung seiner vorgebrachten Bedenken dieser Überweisung zu.

Bei Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ergänzungskredite für die militärischen Operationen in Marokko im Jahre 1910 stellte Jaures fest, daß die Verlesung jährlich acht Millionen erfordere, und fragte an, wie lange sie noch dauern werde. Die Weisheitsabgabe der Truppen seien verurteilt, dort auf Abenteuer auszugehen. Ribot antwortete, er könne einen gewissen Termin für die Zurückziehung der Truppen nicht angeben. Eine unverzügliche Zurückziehung komme aber nicht in Frage. Schließlich wurde die Zurückziehung nach Maßgabe der Entwicklung der marokkanischen Polizei erfolgen.

Das neueste „Attentat“ auf Briand.

Antoine Briand, sozialistischer Renegat und derzeit französischer Ministerpräsident, hat gleich einem „richtigen“ Gottesgnadenbewerber auch von Zeit zu Zeit sein Attentat. Erst jüngst überließ er gelegentlich einer „Enkeltaubhüllung eine robbilistischer Schreinerwerkstätte, und am Dienstag richtete er der Kammer ein irreführender Schreinermeister das Schiefes gegen ihn, ohne jedoch irgendwelchen ernstlichen Schaden anzurichten. Von den Ministern wurde niemand gestraft; dagegen erhielt der Ministerdirektor Mermet eine Verlesung am Unterleib, die jedoch nur leichter Natur ist. Der Attentäter wurde sofort in Haft genommen. Bei seiner Verhaftung erklärte er, er bedauere, einen Unrichtigen getroffen zu haben, da es seine Absicht gewesen sei, sich an Briand zu rächen. Der Verhaftete ist ein ehemaliger Gerichtsschreiber, der seinerzeit, und zwar von Briand selbst wegen Geisteskrankheit entlassen worden ist. Das Attentat hat keine politische Bedeutung, es handelt sich vielmehr um einen reinen Mordanschlag. — Der Vorfall hatte natürlich

unter den Kammermitgliedern ungeheure Erregung hervorgerufen, so daß die Sitzung eine Pause unterbrochen werden mußte.

Portugal.

Intervention Spaniens?

Die Gerüchte von den bevorstehenden und gerüttelten politischen Verhältnissen Portugals wollen nicht beruhigen. Die Reaktionen wittern Morgenluft und machen alle Anstrengungen, die Situation zu ihrem Gunsten unzulänglich und daraus Kapital für den Monarchismus zu schlagen. Dom Miguel aus dem Hause Braganza, der als portugiesischer Thronpräsident event. in Frage liege, und der sich in Oesterreich aufhält, soll schon die Koffer gepackt haben und jeden Augenblick nach Portugal abreißen zu können und von dem Thron seiner Väter Besitz zu ergreifen (1). Auch soll er bereits eine portugiesische Regierungsbildung begonnen haben, mit dem er Portugal wieder „auf die Reihe“ helfen will. Wenigstens kann man es in der „Luzitana“ Presse lesen! — Neuerdings wird behauptet, die spanische Regierung habe die Absicht, in Portugal, wenn es notwendig sei, einzuschreiten! Zwar hat sich die spanische Regierung bei, in einem Dementi das Vorhandensein solcher Pläne abzuwehren, aber die Zeitung ABC hält dennoch die Behauptung aufrecht, daß in dem nächsten Ministerrat die Frage einer Intervention Spaniens in Portugal erörtert werden solle. Das Blatt fügt hinzu, daß England einer solchen Intervention Spaniens gegenwärtig nicht geneigt sei, und behauptet, daß zwischen zwei Großmächten eine alte Abmachung für den Fall bestehe, daß in Portugal Unruhen ausbrechen. In einer Versammlung in Alicante forderte der Führer der Republikaner, die Republikaner auf, sich mit allen Mitteln einer Einmischung Spaniens in Portugal zu widersetzen, da dies die künftige Einheit des iberischen Vaterlands hindern würde. — Die weitere Entwicklung der Dinge dürfte wohl bald die notwendige Klarheit bringen.

Ein neues Wahlgesetz.

hat nach einer Meldung der Londoner Times aus Lissabon der Minister des Innern dem Ministerrat unterbreitet. Nach demselben sind alle Bürger über 21 Jahre, die lesen und schreiben können oder Oberhaupt einer Familie sind, wahlberechtigt. Die Kandidaten zur Deputiertenkammer müssen ein Examen in Elementarfächern abgelegt haben.

Türkei.

Die Lage in Arabien.

Konstantinopel, 18. Januar. Die Aussprache des getrigen Ministerrates über die Lage in Yemen endete mit der Beschlußfassung, 30-40 000 Mann und Artillerie nach Arabien zu senden. In Ma'abia und Seid Faria mit Selbstgewalt zu bezwingen und die in vielen Orten von Arabern eingeschlossenen Truppen zu entsetzen.

Aus der Partei.

Gabriel Löwenstein ist.

Unser alter Gabriel Löwenstein ist Dienstag mittags, 86 Jahre alt, in Nürnberg an einer Lungenentzündung gestorben.

Löwenstein gehört zu den ältesten Parteimitgliedern und zu den Gründern der einseitigen Eisenader Richtung. Schon 1886, auf dem Verbandstage der Arbeiterbildungsvereine in Nürnberg, sah der Wortredner Gabriel Löwenstein neben Bebel im Vorstände des Verbandes als zweiter Vorkämpfer. Er war die Seele der Nürnberger sozialdemokratischen Bewegung und hat als Vertreter der dortigen Genossen die meisten der ersten Parteitage besucht. Bis in die neunziger Jahre war der alte Löwenstein überall zu sehen, wo die Partei im Kampfe stand oder über schwierige Fragen zu Rate sah. Er wütmete sich später fast ausschließlich der Gemeindepolitik, der er sich schon in jüngeren Jahren mit großem Eifer zugewandt hatte. Auch in den bayerischen Landtag sah er ein, dort wesentlich kommunale Fragen und die Staatsarbeiterverhältnisse behandelnd. In den letzten Jahren wurde er häufiger von Krankheit heimgesucht, so daß mehr als einmal das Gerücht von seinem Tode auftauchte. Aber immer wieder gelang es ihm, die Krankheit zu überwinden und emporzukommen, und noch vor ein paar Jahren, gelegentlich des Nürnberger Parteitage, bewegte er sich frisch und wohlgehumt unter der Schär der Helikopter.

Die Partei ruft dem Dahingegangenen ein Habe Dank! zu und wird ihn in Gedanken in Ehren halten.

Die Agitation der Parteipresse in Dänemark.

Kopenhagen zählt mit Vororten rund 600 000 Einwohner. Das Parteipresse Socialdemokraten hatte bisher eine Abonnentenzahl von etwa 60 000; im Verhältnis zur

Bevölkerung des Verbreitungsgebietes etwa 25mal so viel als der Nordwärts. Außerdem gibt es 34 Provinzblätter. Seit Neujahr erscheint Socialdemokraten in einer neuen, vergrößerten Druckerei und in vergrößertem Format. Dazu wurde aus England eine Rotationsmaschine für 120 000 Mark bezogen; die größte Druckerei in den nördlichen Staaten, die 60 000 Exemplare in der Stunde druckt. Um diesen neuen Fortschritt fröhlich für die weitere Verbreitung der Zeitung auszunutzen, wurden mehr als 2000 Genossen ausgesendet, die sich in den 16 Kreisdistrikten am 1. Januar ausbreiteten und hauptsächlich in jeder Wohnung der Stadt mit dem Parteipresseblatt die erste Nummer des erweiterten Parteipresseblattes überreichten. An der Zeitung, die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam organisiert war, beteiligte sich auch das gesamte Redaktions- und Druckereipersonal des Parteipresseorgans. — Socialdemokraten war schon vorher die verbreitetste Zeitung des Landes. — Uns scheint, daß wir von jeder Agitationsmethode unserer dänischen Genossen manches lernen können — vor allem ist ihr Arbeiterfreund abzumenschen.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, - unter Null.)

Ort	16. Jan.	17. Jan.	18. Jan.
Alten, Brückendamm	+0,99	+0,56	0,04
Neub., Oberpegel	+2,0	+2,0	0,10
Unterepegel	+1,4	+1,4	0,02
Walden, Oberpegel	+2,2	+2,2	0,08
Unterepegel	+0,8	+0,8	0,02
Trösch	+1,5	+1,5	0,02
Walden, Oberpegel	+2,4	+2,2	0,08
Unterepegel	+1,2	+1,15	0,11
Walden, Oberpegel	+1,8	+1,8	0,02
Unterepegel	+1,4	+1,4	0,16
Walden, Oberpegel	+1,8	+1,8	0,02
Unterepegel	+1,5	+1,5	0,20
6. Febr.			
Tresden	+1,1	+1,1	0,03
Zooau	+1,2	+1,2	0,02
Wittenberg	+2,3	+2,3	0,10
Wolau	+1,6	+1,6	0,17
Harz	+1,8	+1,8	0,02
Müdenberg	+1,5	+1,5	0,20

Verantwortlich für den Inhalt, Politische Redaktionen, Parteipresse, Paul Hennig für Ausland, Gewerkschaftliche, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, Lokales Otto Ribuch, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Haspeler, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Geschichte der Redaktion von 1/2 1912 bis 1/2 1913.

Hüten Sie sich

vor Nachahmungen, wenn Sie Malzkaffee einlaufen. Viele Malzkaffee-Fabriken ahmen die Verpackung des echten Rathreiners Malzkaffee so täuschend wie nur irgend möglich nach. Damit geben sie selbst zu, daß Rathreiners Malzkaffee

„nachahmenswert“

ist; ihn selbst kann man nicht nachmachen und deshalb ahmt man seine äußere Packung nach, um auf diese Weise das Publikum zu täuschen. Rathreiners Malzkaffee hat sich seit über 20 Jahren in allen Kulturländern als der beste Malzkaffee bewährt und behauptet. Man verlange darum ausdrücklich Rathreiners Malzkaffee und achte auf die Schutzmarke „Pfarrer Kneipp“.

Der Gehalt macht's!

Grosser Saison-

Räumungs-Ausverkauf.

Ca. 74 000 Meter

Kleiderstoffe.

Besonders empfehlen:

- Ein Posten Blusenstoffe Popeline, moderne Streifen jetzt Meter 48 **40** Pf.
- Ein Posten karierte Kleiderstoffe doppelbreit jetzt Meter **52** Pf.
- Ein Posten Loden doppelbreit, glatt und gestreift jetzt Meter **60** Pf.
- Ein Posten Chevron prima Wollstoff, doppelbreit jetzt Meter **85** Pf.

Ca. 17 500 Stück

Konfektion.

Besonders empfehlen:

- Ein Posten Damen- u. Backfisch-Kostüme aus mod. farb. Cheriol und Tuch, jetzt 38,00 bis **7,50** M.
- Ein Posten Farbige Paletots aus mod. Winterstoffen, engl. Geschmack, jetzt 12,50 bis **2** M.
- Ein Posten auf Futter gearbeitete, zum grössten Teil Kimono-Passons jetzt **7,50** bis **2** M.
- Ein Posten Woll-Blusen aus gut. Stoffen i. engl. Geschmack **1,95** M.
- Ein Posten Kleider-Röcke i. a. Weiten u. Längen jetzt 9,50 bis **1** M.

Die Zahlen geben die Vorräte an, welche bei Beginn des Saison-Räumungs-Ausverkaufs denselben übergeben sind.

Ca. 31 500 Meter

Spitzen u. Einsätze.

Besonders empfehlen:

- Ein Posten Spitzen u. Einsätze Valenciennes und Spitzen, in allen Breiten jetzt Meter 48 35 25 15 10 6 5 **3** Pf.
- Ein Posten Reins. Chiné-Band in verschiedenen Breiten jetzt Meter 68 58 29 **18** Pf.
- Ein Posten Matrosen-Mützen aus Samt, Tuch und Filz jetzt 95 75 65 30 **25** Pf.
- Ein Posten Tüll- u. Spachtel-Stoffe weiss, creme und crême jetzt Meter 1,25 85 75 60 **40** Pf.

- ca. 8400 Meter Rock-Lüster, gute Qual. in viel. Farb., jetzt Meter **23** Pf.
- ca. 30 500 Stück Damae-, Herren- und Kinder-Wäsche zu enorm billigen Preisen.
- ca. 11 400 Meter Sant-Flanell und Velour-Barch., pr. Qual., jetzt Mtr. **39** Pf.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Möbel-Fabrik
der
Vereinigt. Tischlermeister,
Kl. Steinstrasse 6,
empfehlen ihre Fabrikate zu
festen und soliden Preisen.

Kaufe
Papier, Bücher, Lampen, Eisen,
Gummi, Korballe u. Felle.
Herm. Rein,
Halle-Gleichenstein,
Königsberg 5. Tel. 2409.

Cacao
eigenes Fabrikat von 90 Pfg.
pro Pfd. bis 2.50 Mk. empfiehlt
Carl Booch,
Breitestr. u. Marktplatz im Turm.

Stempel-Fabrik
Nikolaistr. 6
Alfred Pfautsch.

Möbel: Kleiderstühle 26 Mk.,
Vertikal 35 Mk., Spiegel u. gerahmte Bild.
10 Mk., Sofas, Bettst., Was-
tragen, Tische, Stühle, Rücken-
möbel billig zu verkaufen.
August Henze, Weichstr. 31.

Schleier-Ausschnitt,
Schuhmacher-Artikel.

F. Noah, Gr. Klausstr. 7.

Papier- u. Pappenabfälle
kaufen jeden Posten
H. Braunstr. 20.

Lumpen, Papiere, Eisen
Albert Rodjan, Gr. Klausstr. 22.

Schachspiel
Mit Anleitung zum Spielen.
Das interessanteste aller Spiele.
Preis 20 Pfg.
Volks-Buchhandlung.

Zur gefl. Kenntnissnahme!

Kaufhaus für Herrenbekleidung

werde ich für die Folge mein Geschäft nennen und
verkaufe ich nach wie vor **neue elegante Herren-
garderoben** und **wenig getragene Mass-Sachen**,
zum Teil aus Abonnements-Häusern herrührend.
Frack- und Gesellschaftsanzüge werden **billigst** verliehen.

Nicht mehr

Kaufhaus für **Monatsgarderoben,**
sondern

Kaufhaus für Herrenbekleidung

Halle a. S., Leipzigerstrasse 11 (gegenüber der Ulrichskirche).

Sonnabend den 21. Januar

Schluss des grossen

Inventur-Ausverkaufs.

Bedeutende Preisvorteile.

Aeusserst günstige Kaufgelegenheit.

Sonntag den 22. Januar bleibt unser Geschäft, der Inventuraufnahme wegen, geschlossen.

Leipzigerstr.
90.

C. F. Ritter,

Leipzigerstr.
90.

Doppelt gereinigte
Bettfedern,
Inletts,
rot und gestreift,
Bettbezüge
kariert, gebüht u. Damast.
Betttücher,
Schlafdecken
zu hervorragend bill. Preisen
M. Gottheil,
Gr. Klausstr. 1, Ecke Thomassstrasse.

Die Generalversammlung des
Viehvers.-Verein
Burgörner
findet nicht den 22. sondern
den 29. Januar statt.
Der Vorstand.

Seltener Gelegenheitskauf!
Nur 40 Mk. gutes Doppel Feder-
betten mit Bettstelle u. Matz.
branntweisses Bett 20 Mk., großer
Zäulenstuhl u. Saniole 24 Mk.,
Stelberichtraut 22 Mk., Sofa 11
10 Mk., Bettst., Uhr, Teppich,
3 Bilder spottbillig verk.
Geiststrasse 21, I.

Erprobtes Hustenmittel
ist mein selbstgeleitet, schwacher
Johannisbeersaft.
Karl Krütgen,
Universal-Druggerie,
Weichenburgerstr. 10.

Ammendorf.
Kartoffeln
hat abzugeben
Paul Gimpel, Hauptstr. 19.

Denkbar feinste
Molkerei-Butter
Barnitz 1/2 Pfd. 66 Pf.
Bruchstädt 1/2 Pfd. 64 Pf.
Erich Kuba, Thomassstr. 64.

Sozialdemokr. Verein f. Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 19. Januar abends 8 1/2 Uhr
im großen Saal des Volksparks, Burgstraße:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Redakteur Genossen D. Niebuhr-Halle.
2. Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Montag den 23. Januar abends 8 1/2 Uhr im „Volkspark“, Burgstraße:

Öffentliche

Gewerkschafts-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Tätigkeit im Arbeiter-Sekretariat pro 1910.
2. Rechnungslegung des Kassierers.
3. Bericht der Aufsichtskommission und Neuwahl derselben.

Einem zahlreichen und vollständigen Erscheinen der Gewerkschafts-genossen sieht entgegen

Das Gewerkschafts-Kartell.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“,
Klein-Wittenberg-Piesteritz.

Sonnabend den 21. Januar im „Kronprinz“

Grosser Vereins-Maskenball.
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Ohne Einladung kein Zutritt.

Militärstiefel,
neue und getragene Halb-
stiefel und Schnürschuhe, große
Auswahl, verkauft billig.
J. Sternlicht, Markt 11.
Makulatur verk. Gussenschaltbuchdruckerei



Konsum-Verein zu Merseburg

und Umgegend, e. G. m. b. H.

Wir empfehlen unsere

Sparkasseneinrichtung

zur gefl. Benutzung. Spareinlagen über fünf Mark werden mit 4 Prozent verzinst. Spararten und Karten a 50 Pfg. sind in allen Verkaufsgeschäften zu haben; ebenso nehmen die Gewerkschaftsaffiliierter Spar-einlagen entgegen, die unter Kontrolle des Gewerkschafts-Kartells bei uns angelegt und im Dezember auf Wunsch zurückgeholt werden. Die Benutzung der Sparkasseneinrichtung steht auch jedem Nichtmitglied frei.

Für die Sparkasseneinlagen haftet die Genossenschaft mit ihrem gesamten Vermögen; deshalb Arbeiter, benutzt eure eigenen Institutionen, wenn ihr Sicherheit für eure Spargroschen haben wollt.

Wir zahlen im Dezember 1910 rund 60 000 Mk. Sparvermögen und Rückvergütung an die Beteiligten zurück. Derzeitiger Bestand der Sparkasse 42 000 Mk.

Der Vorstand.

Auktion.

Donnerstag den 19. Januar, vorm. 10 Uhr verleierte ich im Saal der Kaiserstraße, Hof 1:

Einige Rollen

Gemüse, Gerst- u. Stroh-
konferben, Kaffeein, Port-
weine etc., ein Siebtopf.

1 Rollen Rohzucker

und andere Sachen

Öffentlich meistbietend gegen Bar-
zahlung.

R. Weise.

Ohne Fleisch

schokolade

Präparat von Dr. Med. W. Hoffe

„Gesunde Kraft“

Probepackete, für 3 Personen

reichend, 20 Pfg.

Hall. Reformhaus, Leipzigerstr. 20.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. J. G. u. c. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. G. o. b. jetzt H. J. ä. n. i. g. — Sämtl. i. Halle a. S.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 16

Halle a. S., Donnerstag den 19. Januar 1911

22. Jahrg.

Die Selbstentlarvung des Klassenhauses.

Belobigung der Polizeibrutalität! — Schutzgesetze für Streikbrecher! — Keine Wahlreform!

In der Sitzung des preussischen Dreiklassenhauses am Dienstag wurde die Entlassung fortgesetzt.

Minister des Innern v. Dahnwig

(berichtet Polizeigenossen über Moabit): Es ist der Polizei der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht den besten Erfolg erzielt hätte. Andererseits wird behauptet, sie habe ohne Grund in den Kämpfen bei Krupen eingegriffen und dadurch die Ausschreitungen der Bewohner erst verursacht und sei dann mit großer Brutalität vorgegangen. Bei dem ersten Vorwurf wird übersehen, daß der Streik von 140 Arbeitern kein besonders bedeutendes Ereignis war und daß sich auch vor Montag, den 26., die Ausschreitungen immer noch in gewissen Grenzen gehalten haben. Trotzdem waren Verletzungen getroffen und die Polizei hat dann die notwendige Säuberung der gefährdeten Straßen energig und planmäßig durchgeführt. Es wurde hierbei nach altpreussischem Gewohnheitsverfahren, das Militär erst dann heranzuziehen ist, wenn die in erster Reihe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung berufenen Polizei hierzu nicht mehr imstande ist. Ich halte dieses Gewohnheitsverfahren für richtig, und zwar aus praktischen Gründen, aber auch aus ethischen und humanitären. (1) Ich betrachte es sogar als einen Vorzug, dessen wir uns gegenüber anderen Kulturenationen zu erfreuen haben, daß es bei uns in der Regel gelingt, große Unruhen zu überwinden, ohne daß es hierzu der Veranlassung des in erster Linie zum Schutze des Vaterlandes gegen auswärtige Feinde berufenen Heeres bedarf. (Sehr richtig! rechts.) Die vornehmste Pflicht des Staates besteht darin, seine ethische Arbeit zu schätzen und Arbeitgebern und Arbeitern die Möglichkeit zu gewähren, ungehindert der Berufstätigkeit nachzugehen. (Leb. Beifall rechts.) (Zurufe b. d. Soz.) Es ist bedauerlich, wie weit bereits die von der sozialdemokratischen Presse hysterisch geführte Lamentation über die Brutalität der Polizei nicht mehr vorgeschritten ist. (Sehr richtig! rechts.) (Zurufe links.) Dem Koalitionsrecht muß das Recht auf freie Arbeitswahl ebenfalls von der Seite stehen. (Sehr richtig! rechts.) Das Koalitionsrecht darf nie zum Koalitionszwang ausarten. (Bravol rechts.) Es war die Pflicht der zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zum Schutze von Leben, Gesundheit und Eigentum berufenen Polizei (Zuruf b. d. Soz.: Des Eigentums vor allem!) die nötigen Vorkehrungen zu diesem Schutze zu treffen und den durch einen

fanatisierten aufgeweckten Pöbel

bedrohten Betrieb von Krupen u. So. zu schützen. (Bravol rechts.) Wenn nun nach Ansicht des Gerichts in einer Anzahl von Fällen Mißgriffe, insbesondere

Belobigungen seitens der Polizei,

vorgekommen sind, so muß ich ganz entschiedene Verwahrung dagegen einlegen, daß versucht wird, aus solchen Mißgriffen, wie sie bei Straftaten, namentlich in der Nacht, kaum je zu vermeiden sein werden und wie sie naturgemäß von den Betroffenen außerordentlich aufgebracht, wenn nicht gar zum Teil

mit Mordtaten erstickt wiederzugeben werden,

(Große Unruhe b. d. Soz. Zurufe: Etbliche Ausfagen! Die Polizei hat gelogen! Unruhe rechts.) ganz unangelegentliche Anschuldigungen gegen die Polizei herzuheulen. Die Polizei hat vom 20. bis zum 26. bereits die größten Bestimpfungen und Verhörungeu über sich ergehen lassen müssen und hat dem gegenüber

bewundernswürdige Ruhe und Kaltblütigkeit

bewahrt. Erst als die Ausschreitungen den Charakter des offenen Auftrubs annahmen, ist sie pflichtgemäß eingeschritten, dann aber auch mit der nötigen Energie und Unerschrockenheit. (Bravol rechts.)

(Zuruf b. d. Soz.: Gegen Wehrlose und Kinder!)

Wenn dabei neuerliche Zuschnauer zu Schaden kommen, mag man das bedauern, es ist aber nicht zu vermeiden, ein Teil der Schuld trifft die Betroffenen doch stets. Es ist unerlässlich, daß man in solchen Fällen

energig vorgeht,

wenn man überhaupt eines derartigen Auftrandes Herr werden will. Ich halte es für meine Ehrenpflicht, die Pflicht zu erneu herzuheben, mit der die Polizei ihres löwen Armes im Dienste des Staates und im Interesse des öffentlichen und persönlichen Wohles der Bevölkerung gewaltet hat. (Bravol rechts.) Es liegen Verweise vor, daß es sich um eine von langer Hand vorbereitete Aktion gehandelt hat. Es ist daher auch nicht angelegentlich, einzelne Personen oder Gruppen von Personen als Kräftiger im juristischen Sinne zu bezeichnen. Wohl aber halte ich es für gar nicht zweifelhaft, daß die jahrelang, jahrein geübte

Verhetzung der Massen gegen die Polizei,

sowie gegen Arbeitswillige zu gefährlichen Ausschreitungen und Mordtaten führen muß. (Sehr richtig! rechts.) Wenn in der sozialdemokratischen Presse

die Arbeitswilligen fortgesetzt als Lumpen beschiedet

werden und wenn bezügliche Verhöhnungen und Verleumdungen ständig fortgesetzt werden (Zuruf b. d. Soz.: Verweise!), so müssen bei den verhetzten Massen Gefühle hervorgerufen werden, die bei gegebener Gelegenheit zu Widerstand gegen die Staatsgewalt und toben brutalen Mißhandlungen von Arbeitswilligen führen. Es ist bedauerlich, daß ein Teil der bürgerlichen Presse sich diesen Freiheiten angeschlossen hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich bedauere das Vorgehen der sozialdemokratischen Presse auch im Interesse der Arbeiter, weil das durch die ihnen

die Neigung zu Gewalttaten nur gefördert

werden kann und weil diese am letzten Ende zu neuen Ausschreitungen führen muß, deren Unterdrückung obdenn mit aufopfernder Energie und höchst heroischer Tapferkeit erfolgen muß und (mit erheblicher Stimme) — darüber möchte ich keinen Zweifel aufkommen lassen — auch erfolgen wird. (Leb. Beifall rechts. Stimmen b. d. Soz.)

Abg. Freiherr v. Zedlitz (freil.):

Schuld an den Vorfällen in Moabit ist die Sozialdemokratie. Wer ein Pulverschlag füllt und den zündenden Funken schießt, wie die Verhetzung der Sozialdemokratie gegen die Polizei und die Arbeitswilligen, der ist der Hauptschuldige. Die Mitschuld trägt die bürgerliche Presse nach Art des Berliner Tageblatts. (Stimm. Zustimmung.) Die Augen in Moabit haben unter sozialdemokratischer Suggestion von Verhöhnungen der Polizei bekommen in Aussagen, die wahrheitswidrig und gefälscht waren. (Stimm. Zurufe b. d. Soz.: Unnahel! Unnahel!)

Präsident v. Kröcher: Ich bitte den Vorwurf der subjektiven Unparteilichkeit zu unterlassen. (Abg. Leinert: Er selbst die Polizeigenossen!)

Abg. Für. v. Zedlitz: Wie die Verteidigung die Zeugen vernimmt, das ist wiederum nicht und mindestens eine objektive Preisurteil der höchsten Instanz. (Zuruf rechts.) Trotz eingetragener Verhöhnungen hat

die Polizei bewundernswürdige Pflichten

bewiesen, das zu konstatieren ist eine Pflicht der Volksvertretung. (Leb. Beifall rechts.) In Zukunft muß

die Polizei schärfer auftreten,

dann werden auch nicht erst Verhöhnungen vorkommen können. Wir müssen den Arbeitswilligen strafrechtlichen Schutz gewähren. Abg. Reichardt hat die Vermehrung gehabt, mit dem Generalstreik zu drohen, wenn das Wahlrecht nicht gemäß dem Willen der Sozialdemokratie gestaltet werde. Der politische Massenterror verdient

dem Hochverrat strafrechtlich gleichgestellt

zu werden und besondere Strafbestimmungen müssen den Versuch treffen, die Eisenbahnbedienten zum Generalstreik zu bewegen. (Zuruf rechts.) Die Einbringung seiner Wahlrechtsvorlage in der Art des Reichstagswahlrechts wäre

eine Dummheit

und eine Dummheit macht keine Regierung. (Weiterkeit.) Schließlich würde diese Vorlage auch nur

Stoff zu neuer Verhetzung geben.

Es würden also damit die Geschäfte der Sozialdemokratie befragt, und das liegt am wenigsten in der Pflicht der Ehrenrede von 1908. (Sehr gut! rechts.) Ich hoffe, wir werden bald in die Lage kommen, ein Wahlgesetz zu schaffen, wie es im Interesse der Ruhe unseres Vaterlandes liegt. (Bravol rechts.) Die Vorlage betreffend die Jugendpflicht begrüßen wir. Die männliche Jugend muß gegen Verwahrlosung und gegen sozialdemokratische Verhetzung geschützt werden. (Bravol rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Die Osmartenspolitik wird die Regierung wie bisher energig und zielbewußt betreiben. (Bravol rechts.) Herr Strobel hat geteilt wieder von der Plebiszit gesprochen. Ich verweise demgegenüber darauf, daß die Kleinhandelspreise für Fleisch im November und Dezember 1910 zurückgegangen sind, und daß im Dezember 1909, wo nicht über Preissteigerung gefragt wurde, der Preis für Schweinefleisch teurer war als 1910. (Stört, hört! rechts.)

Abg. Schmitz (natl.): Für den Mißerfolg der Wahlrechtsvorlage tragen allein die konservativen die Verantwortung. Die gestrige Rede des Herrn Strobel über Moabit war nichts als der Kanonendonner bei einem Rückzugsgescheh. An dem

Wahl, das an den Uniformen der Polizei

leben geblieben ist, sind vor allem die Schuld, die die Erregung der Bevölkerung geführt haben und die Freiheit der Arbeit mißachteten. (Sehr richtig! b. d. Natl.)

Abg. v. Arnim-Rüfendorf (kons.): Die Ausführungen des Ministers über die Wahlrechtsvorlage finden unsere volle Billigung und namens meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß das in der Thronrede seinerzeit gegebene Versprechen unserer Erachtens durch die im verfloßenen Jahre erfolgte Vorlage

als eingelöst zu betrachten ist,

und daß zu einer weiteren Vorlage um so weniger ein Bedürfnis einzusetzen ist, als eine Unterbringung durch die anderen bürgerlichen Parteien auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. (Leb. Beifall rechts. Widerspruch links.) Sie (zur Antenne) werden uns doch nicht zur Annahme einer Vorlage zwingen. (Zuruf b. d. Soz.: Sie werden schon müssen.) Was die Moabitische Vorgänge antrifft, so ist im Urteil fehlerhaft, daß in den Tagen vom 26. ab vollständige Anarchie in Moabit herrschte, da habe die Polizei die Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Ordnung zu schaffen. (Zuruf bei dem Soz.: Wer nicht das Recht zu Mißhandlungen!) Nach Herrn Reich ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Massen aufzuwecken (Sehr wahr! bei dem Soz.) und da können sich die Herren nicht wundern, wenn weniger gebildete Leute gegebenensfalls die Gesetze auf das gröslichste verletzen. Wenn Sie

das Volk zur Unzufriedenheit aufrufen,

(Zuruf bei dem Soz.: Das bejagen Sie zur Genüge!), so tragen Sie die Verantwortung für solche Vorgänge. Ich bedauere, daß wir seit dem Abgang des Fürsten Bismarck ein planmäßiges entschlossenes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie nicht haben beobachtet können. Die Herren Friedberg und Schmieding haben ja errettenderweise ein neues Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen verlangt. Der Staat kann nicht bestehen, wenn

die Sozialdemokratie einen Staat im Staat

bildet. Fürst Bismarck hat sich zwar große Mühe gegeben, die Sozialdemokratie mit Worten zu beschlänpeln, aber zu energigischen Maßnahmen ist er nicht übergegangen. (Zuruf bei dem Soz.: Wie wäre es mit Obensberg? Weiterkeit.) Das ist ein so heiliger Staat (Große Weiterkeit), was der für ein Wahlrecht macht, geht uns nichts an. (Zuruf bei dem Soz.: Schwärzung! Antidote!) Möge die Regierung dafür sorgen, daß wir ein hartes Preußen behalten und daß Preußen die Vormacht

in Deutschland wird beim Niederreiten der Sozialdemokratie. (Bravol rechts, Zurufe bei dem Soz.: Hipp, hipp, hurra!) Abg. Dr. Borch (zent.): Die Hebertragung des Wahlrechts auf Preußen, für die wir prinzipiell sind, ist zurzeit ganz ausserhalb. Im gegenwärtigen Augenblick halten wir die Durchführung einer Wahlreform für überhaupt nicht möglich, namentlich angehts der (daneben) Reichstagswahl. (Stört, hört! bei dem Soz.) Die Verhöhnung, daß wir das gebotene und direkte Wahlrecht hier hätten durchführen können, ist eine schamlose Verhöhnung. Die Nationalparlamenten waren dafür nur zu haben, wenn gleichzeitig ein analoges Wahlrecht geschaffen wurde, durch das der hebebare Zustand noch verwickelter worden wäre. (Leb. Zustimmung bei dem Soz. Widerspruch bei dem Natl.) Doch ich will den alten Streit nicht weiter aufleben. (Bravol im zent.)

Darauf vertritt das Klassenhaus die Weiterberatung auf Mittwoch.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 18. Januar 1911

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Zum Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, ist eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins angesetzt worden, die wie üblich im Volkspark tagen soll. Die Tagesordnung ist bereits im gelieferten Zinertat bekannt gemacht. Der vom Genossen Niebuhr zu haltende Vortrag behandelt das aktuelle Thema: Der Kampf um die proletarischen Jugend. In der Zeit der Aufstellungen von freien Jugendorganisationen, der Unterdrückung und Anhebung des freien Jugendbewegtes durch Polizei und Bureaukratie dürfte dieser Beratungsstoff besonders Interesse wecken. Danach sollen Vereinsangelegenheiten behandelt werden. Die Genossen und Genossinnen werden sich höfentlich recht zahlreich einfinden. Es sei darauf hingewiesen, daß unbedingt am Saaleingange das Mitgliederbuch vorgelegt werden muß.

Ernt gemacht mit politischer Bildung!

Partei und Genossenschaften haben ihren Bildungsausschuss nicht nur für künstlerische Veranstaltungen eingesetzt, sondern vor allem auch zur Vermittlung politischer Bildung. In früheren Jahren ist jedesmal ein wissenschaftlicher Kursus abgehalten worden, der jedoch nur gemächlichen Delegierten zugänglich war und überdies rein theoretische Fragen behandelte.

In diesem Jahre ist Reichstagswahl! Diese wichtige Aufgabe stellt an die Partei die Aufgabe, mit möglichst vielen Klaren und geschulten Genossen in den Wahlkampf zu ziehen. Die Massen sind heute den sozialistischen Gedanken außerordentlich geneigt, es fehlt nur an selbstbewußten politischen Führern!

Der Bildungsausschuss hat das erkannt und trägt dem Rechnung. Er hat den diesjährigen Kursus auf breiterer Grundlage arrangiert und nicht nur die Theorie des Sozialismus, sondern auch die praktischen Forderungen der Sozialdemokratie als Darstellungsgegenstand gewählt. An acht Abenden werden die wichtigsten Punkte des Erklärungs-Programms planmäßig und gemeinverständlich behandelt werden. Die ersten Vorträge befassen sich mit der Theorie, und müssen unbedingt besucht werden, wenn anders die Hörer die Folgerichtigkeit und Notwendigkeit unserer praktischen Forderungen begreifen wollen. Jeder Partei- und Gewerkschaftsangehörige ist dringend geladen!

Die Vorträge finden jeweils Dienstag im großen Saale des Volksparks statt und beginnen pünktlich 8 1/2 Uhr. Die Eintrittskarte für alle acht Vorträge kostet 50 Pfennig und ist an allen bekannten Stellen zu haben. Der erste Vortrag findet bereits am nächsten Dienstag, den 24. Januar, statt; als erster Vortragender ist der langjährige Lehrer an der Berliner Arbeiterbildungsschule, Schriftsteller Julian Vorwardt genommen worden.

Der Bildungsausschuss erwartet im Parteizentrale am Dienstag einen gefüllten Saal. Ernt gemacht mit politischer Bildung der Massen!

Maria Dehnbard und Marc Henry im Volkspark.

Die wunderbare feine und subtile, in ihren Vorlesungen unverwecheltetste Stimmungsstimmung, mit der dieses, in seiner Art einzige Künstlerpaar am Dienstag diese Hunderte von neuem zu Bewunderung und Entzücken hinriss, ist eigentlich nur für den intimen Raum geschaffen, und hinterläßt auch nur dort ihre tiefsten und tiefsten Eindrücke. In einem großen, mit bunten Bittermandeln, dem Jirod des Abends nicht gerade entsprechend dekorierten Saale, mo ich Unruhe und Störungen kaum vermeiden lassen, ist es natürlich bedeutend schwerer, die zu einem reinem Genuss notwendige andächtige Stimmung zu schaffen. Aber was gelangt nicht einem Zuhörer wie Marc Henry mit seiner mit einer feinen Menschlichkeit gepaarten besessenen Liebenswürdigkeit, oder dem unüberwindlichen Reiz, dem betrieblenden Wesen und der einigartigen Kunst einer Dehnbard! Chemais die bekanntesten und hervorragendsten Mitglieder der Münchner „Scharfrichter“ repräsentieren die beiden künstlerischen Persönlichkeiten heute die moderne Weltkunst in ihrer idealen und künstlerisch vollendeten Form. Als Lieder und Stimmungen begreifen sie das, was sie bringen. Das Klingt beschwerend und unsehbarer und ist weniger, als sie geben. Ihre Kunst ist in der Zeit Stimmungsmalerei im höchsten Grade. Unvergleichlich weiß Maria Dehnbard den feinsten feinsten Regungen und Empfindungen in ihren Vorträgen Ausdruck zu geben, in

Ist alles reinste Harmonie, abgestimmte, gefällerte Schönheit. Mit welcher Reife beherrscht sie ihre wunderbare weiche, gefühlsreiche, modulationsfähige Stimme, legt sie die gestirnten wie die leidenschaftlichsten Töne und Stimmungen in ihren Sprechgesang. Ihr ebenmäßiger, schlanker, biegsamer Körper mit dem ersten ausdrucksvollen Gesicht, in dem sich so viel stille Anmut und beherrschende Würde widerspiegelt, läßt sie wie eine Felsinsel des alten Griechenland erscheinen. Von unübertrefflicher Schönheit und Grazie sind ihre Haltung und Bewegungen — Ausdrucksmittel, in denen nicht zuletzt die großen Wirkungen ihrer Kunst liegen. Was sie nun in den ersten Tagen aus den tiefsten Tiefen der Seele kommenden Empfindungen zu uns sprechen, aber mit einem bezaubernden Schmelze um den Mund, mit seinem Sarkasmus ein satirisches Gedicht von Peter Schlemihl oder Frank Wedekind vortragen — unter ihren Händen gewinnen die Gesalten des Dichters Leben und Farbe und erschauen plastisch vor dem geistigen Auge des Hörers.

Das ist auch das Große an der Kunst Marie Henrys, dem ehemaligen berühmten Conférencier der Münchner Schaffensrieder, der heute als Ehrenmitglied inüberrücktes leitet. Seine Vorträge verlieren durchaus nicht an Wert und Wirkung, daß sie für in französischer Sprache gehalten werden. Die deutschen Kommentare, die er dazu gibt, sind so original und so voller erquickender Humor, dabei klar und verständlich, daß einem kaum zum Bewußtsein kommt, die Vorträge in einer fremden Sprache zu hören. Henrys Erzählungsstil, Darstellungsgabe und Gehaltskraft sind bei dem erstaunlich Gleich in der Legende vom heiligen Melampus aus dem Frankreich des 16. Jahrhunderts ab er glänzende Proben dieses Könnens. Am größten ist er aber, wenn er mit leidenschaftlicher Stille in der Rolle des Antiquars, Möbiers oder des Revolvers der Revolution auftritt. Mit dem Gedicht Auf dem Hücker von Aristide Bruant, aus dem uns das ganze Schöne, aber auch der ganze Gröhl des gedehnten Proletariats klammern entgegen schlägt, regiert er den häßlichen und nachhaltigen Eindruck. Ein eigenartiger, immer Meis gibt auch von den altfranzösischen Volksliedern aus, die Maria Debarad und Marie Henry in ihrer eigenen Kostümen gemeinsam zur Laute fangen.

Der starke Beifall, den ein erstklassiger, zahlreich erschienenen, andächtig laufendes Publikum nach den einzelnen Vorträgen und besonders am Schluß spendete, dankte das liebenswürdige Künstlerpaar mit der Zugabe eines jener prächtigen altfranzösischen Volkslieder. Der Abend bedeutet in der bisherigen Wirkung und der Tätigkeit des Bildungs-ausschusses einen Höhepunkt und einen großen Erfolg; Veranstaltung, dem vorerfüllten Künstlerpaar, das uns diesen anserelienen Genuß bereitet, wie dem Publikum, dürfte er gleichermäßen unerschöpflich bleiben.

Ein Mann, ein Wort!

Nach der Reichstagswahl im Jahre 1909, in der die Sozialdemokratie mit freier Hand wieder das rote Banner über Halle aufrichtete, gerieten sich die treuen Bundesgenossen von Müchmalsschneidern höchst ernstlich in die Haare. Beide, die Liberalen und die Konserverativen, schüßten ein ums andere Mal, daß nimmermehr endgiltig Schluß sei mit der Verbindung zwischen ihnen, und einen nationalen Substitutmittel werde es in Halle niemals wieder geben. Die schamlose Halbesche Zeitung, die sich die Unterstützung besonders weit auf. Im Februar vorigen Jahres ließ sie sich voller Frauen aus vernehmen: „Die Konserverativen in Halle und dem Saalfreie denken gar nicht daran, ein Bündnis mit den Liberalen irgendwam einzugehen.“

Wesant ist auch noch, wie das biedere Organ der Landräte und Großgärtner vor einigen Wochen erst das ganze

politische Deutschland mit seinem Eingriff auf die Seite vom rosenroten Wahlloz drohte und in derselben Zeit schrieb es den Halbeschen Satz:

„Wir machen zwischen Sozialdemokratie und Freisinn schon längst keinen Unterschied mehr.“

Was diese heiligen Beteuerungen des lächerlichen Junfermans wert waren und sind, besengt folgende Meldung der Saalezeitung in ihrer heutigen Morgenausgabe:

„Zur Reichstagswahl.“

Der Vorträge des heiligen Konserverativen Vereins, Herr Oberlehrer Prof. Dr. Euchsland, hatte unverdächtig beim Vorstand des heiligen Vereins der Liberalen angefragt, ob man geneigt sei, in diesem Jahre wieder wie bei der letzten Saalwahl und bei der Saalwahl gemeinsam den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Der Vorstand des Vereins der Liberalen hat indes nicht die Heberzeugung gewonnen können, daß ein solcher Bündnis der bürgerlichen Sache gebietet sein würde; im Gegenteil, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei zu befürchten, daß nach links die Werbestreit der liberalen Agitation durch ein Zusammengehen mit den Konserverativen geschwächt werden würde.

Wir haben über die Verhandlungen, die natürlich disreter Art waren, bisher nicht berichtet; nachdem aber von anderer Seite darüber öffentlich gesprochen wird, halten wir uns für verpflichtet, im Interesse der Klärung diesen Sachverhalt mitzuteilen.“

Schau daß einer die treunationalen Seelen mit ihrer Deutlichkeit: Ein Mann, ein Wort an. Vor der Öffentlichkeit mimen die Gesinnungen der Wahrlieblichkeit (Ergänzung) gegen die Kampfergebnisse von der großen nationalen Wette des Jahres 1909 und hinterherum vernehmen sie mit ihnen den höchsten Aufstand angestrichelt, der vollbracht worden ist. Dann selbstverständlich bietet der ehrliche Walter Euchsland im Vollgefühl der „10.000 Konserverativen Stimmen“ des Saalfreies die Dienste der Konserverativen nicht umsonst an. Wir werden diesen Fall registrieren als Beweis dafür, daß zwischen den Liberalen und Konserverativen der Draht niemals ganz zerissen ist und zerrissen wird. Namentlich in Halle, wo Telegamm-Saalfreie noch immer sein Regiment in der fortschrittlichen Volkspartei ausüben kann, wird die äußere Feindschaft zwischen beiden nie so groß werden, daß nicht die innere Seelenwanderschaft ein wenig auch noch so heimliche Brücken schlagen könnte. War es doch bei der Wahlmöglichkeit zwischen der Saalezeitung und der Saalfreien Zeitung einen freilich fixierten Vertrag zustande zu bringen, wonach sie beide für die Dauer der Wahl jede Beziehung unterließen.

Bei dieser Gelegenheit werden wir noch an eine weitere Tatsache aus der Saalwahl erinnert. Damals besritten die Liberalen hartnäckig einen gemeinsamen Wahlkampf mit den Konserverativen zu führen. Seite lesen wir es in der Saalezeitung als banale Selbstverständlichkeit, daß der Wahlkampf im Jahre 1909 ein gemeinsamer gegen die Sozialdemokratie geführt worden ist und nicht ein Kampf, bei dem die Konserverativen ein freiwilliges Helfertrupp bildeten. Auch diese Erinnerung zeigt, was auf bürgerliche Beteuerungen zu geben ist.

Und so wollen wir uns denn auch von der diesmal ansehend unerbittlichen Ablehnung der Konserverativen durch die Liberalen nicht so ganz und gar überzeugen lassen. Ganz ist es möglich und vielleicht auch wahrscheinlich, daß die Liberalen bei der nächsten Wahl in Halle zunächst ein selbständiges Gesicht aufmachen. Aber sie tun es nur in der Hoffnung, dadurch eine Stichwahl herbeizuführen, wie bei dem Hinweis auf die „Werbekraft nach links“ bekräftigt und selbstverständlich wäre ihnen bei der Stichwahl die „selbst verleugnende“ Hilfe der Konserverativen usw. sicher. An der

Wählern ist es, diese Spekulation aufzusuchen zu machen. Wir sind sicher, daß sie auch gegen ein „Schad „nationaler“ Mandatbaten dem Vertreter der volksbefreienden Sozialdemokratie schon in der Saalwahl zu einem glänzenden Siege verhilfen werden.

Die Fortschritte der Gewerkschaften Salles im Jahre 1910.

Die Jahreshalle des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat seinen letzten Jahresbericht für 1910 erscheinen lassen, der wiederum einen erfreulichen Fortschritt nachweist. Selbstverständlich ist dieses Fortwärtsschreiten nicht ohne kräftige Agitation und mühevoller Kleinarbeit herbeigeführt worden, zeigt doch der Bericht über die Agitation, daß nicht weniger als 339 Zusammenkünfte aller Art im Laufe des Jahres stattgefunden haben. 20 davon waren Versammlungen, die übrigen Vorträge. Der Bericht erwähnt, daß das System der Branchenerfassung sich gut bewährt habe und weiter angewendet werden solle. Das Branchenerfassungssystem konnte leider noch nicht in genügender Weise ausgebaut werden, obwohl dies dringend nötig ist. Schuld daran dürfte die eigenartigen Verhältnisse des Berufes tragen.

An Lohnbewegungen war das Jahr 1910 wohl das reichste seit Bestehen der Jahreshalle, ein Zeichen dafür, daß der Tiefstand der wirtschaftlichen Konjunktur überwunden wurde. Nach entbehrungsreichen Jahren, in denen kaum das Ertragsniveau sich hoben konnte, tritt nimmer wieder eine Periode der Aufwärtsbewegung und — vermehrte Kämpfe um die Besserung der Lebenslage ein. Denn wir wissen, daß gütwillig vom Unternehmer nichts gegeben wird; was dem Arbeiter fruchtet, bringt aus der Kraft der Organisation. In ganzen waren 14 Lohnbewegungen zu erleben, woran 232 Personen beteiligt waren. Für rund 200 Personen wurden 400 Mk. pro Woche oder 20.800 Mk. pro Jahr Mehrlohn erkämpft, für 11 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 66 Stunden pro Woche. Drei Bewegungen führten zur Arbeitsüberleitung, die der Schwerfahrführer brachte den ersten Tarifvertrag zwischen der Jahreshalle und dem deutschen Zuckereisenverein. Die Jahreshalle beteiligte. Der Arbeitsnachweis der Organisation hat noch verhältnismäßig bedeutenden Umfang. Stellen waren gemeldet für fast 62, zur Ausfülle 100; besetzt wurden 37 bzw. 71 Stellen.

Die Arbeitslosigkeit war trotz aufsteigender Konjunktur noch ziemlich erheblich. 388 Verbandsmitglieder meldeten sich arbeitslos und feierten 6720 Tage. Viellicht sind darin nicht nur Nachwehen der Krise, sondern auch die Folgen der schwarz-blauen Steuerpländerung zu erblicken. Der Bericht sagt, daß die Zahl der Arbeitslosen noch viel größer sein würde, wenn sich alle arbeitslosen Mitglieder stets gemeldet hätten. Auch die Krankheitsfälle waren recht zahlreich und in dieser Ziffer meldet sich die Arbeitslosigkeit und Gesundheitspflege des Berufes. 255 Kranke Mitglieder hatten 6228 Krankheitsstage. Auch hierbei wird über mangelhafte Meldung gesagt. Unter den Krankheitsfällen waren auch 71 Unfälle zu verzeichnen. Das ist ein Beweis, wie oft Transportarbeiter ihre gesunden Glieder dem Profit der Unternehmer opfern müssen.

Die Mitgliederbewegung ergibt als erfreuliches Endergebnis eine Steigerung der Mitgliederzahl um rund 20 Prozent. Am 1. Januar 1910 hatte die Jahreshalle 1148 Mitglieder, jetzt sind es 1375, das sind mehr 227. Die Mitgliedschaft setzt sich zusammen aus 1285 erwachsenen männlichen, 28 weiblichen und 62 jugendlichen Verbandsangehörigen.

Aus dem Kassenbericht entnehmen wir eine erhebliche Steigerung aller Einnahmen. So betrug die Gesamteinnahme 1910 65.514,26 Mk. (im Vorjahre 23.477,26 Mk.); die Gesamtausgaben betrug 1910 15.588,95 Mk. (1909 93 Mk.); der

Im Ausverkauf wegen Geschäfts-Auflösung

Donnerstag und Freitag von 9 Uhr vorm. ab

die in grossen, ganz gewaltigen Mengen angesammelten

Reste

Zur Konfirmation:

Kleiderstoff-Reste in schwarz — weiss — einfarbig von 2—7 Meter,
Kleiderstoff-Reste für Kinderkleider, Röcke, Blusen von 2—5 Meter,
Hauskleider-Reste, Barchent-Reste, Hemdentuch-Reste,
Waschstoff-Reste, Inlett-Reste, Bettbezug-Reste,
Gardinen-Reste etc.

ohne Unterschied der früheren Preise zum Verkauf.

Baumwoll-Reste
zum Aussuchen

28 Meter

Halbwollene u. Wollmousselin-Reste
zum Aussuchen

58 Meter

Reinwoll. Reste
zum Aussuchen

78 Meter

An diesen beiden Tagen müssen die Reste verkauft werden.

Laden-Einrichtung, Beleuchtungskörper, Büsten, Ständer, Tische, Stühle u. Schränke zu jedem Preise.

Könicke, am Leipziger Turm.

Verkaufszeit 9 bis 12^{1/2} und 2—7 Uhr.

Z. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 16

Halle a. S. Donnerstag den 19. Januar 1911

22. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung, Dienstag, den 17. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr.
Die Geschäftsordnungs-Kommission beantragt die Genehmigung der Sitzungsberichte des Abg. Gensler (Hortfähr. Vpt.) in einer Privatbeilegungs-Sache zu veranlassen.

Abg. Doermann (Hortfähr. Vpt.) bittet, die Genehmigung im Interesse des Abg. Carlens zu erteilen.

Abg. Geier (Soz.): Das allgemeine Interesse muß dem des einzelnen Abgeordneten vorgehen. Deshalb ist es angebracht, der bisherigen Verfolgung entsprechend, die Genehmigung zu verweigern.
Die Abg. Baffermann (natl.) und Dr. Wiese (kon.) schließen sich dem an.

Abg. Dr. Junz (natl.): Der Reichstag habe in ähnlichen Fällen auch früher schon die Genehmigung erteilt.

Abg. Dr. Siedel (Soz.): In solchen Fällen ist im Reichstags die Sache ausführlich begründet worden. Er konnte dann über die Richtigkeit der Sitzungsberichte zu genehmigen sich schließend machen. Hier ist es nicht geschehen, und deshalb ist die Genehmigung zu verweigern.

Nachdem Abg. Dr. Neumann-Dorfer (Hortfähr. Vpt.) sich diesen Ausführungen angeschlossen hat, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines

Wirtschaftssteuergesetzes

Abg. Doermann (Hortfähr. Vpt.): Wir stimmen dem Vorschlagsentwurf zu und können uns den Ausführungen des Sachverständigen anschließen. Weßkraft in unserer Zustimmung werden wir durch die guten Erklärungen, welche die Kommission mit dieser Steuer gemacht haben. Wir werden alle Änderungsanträge ablehnen bis auf den einen des Abg. Gensler, welcher hinter dem Worte „bis auf den einen“ die Worte „bis auf den einen“ des Eigentümers entfallen ist“ freizugehen will. Denn diese Worte stellen die Beschneidung vor eine unmögliche Aufgabe. Die Vorlage ist notwendig, um die Kosten der Steuererhebung zu decken.

Abg. Sedz (Soz.): Meine Freunde stehen der Vorlage mit sehr unmißverständlichen Gesinnungen gegenüber. Der Vorschlag des unbedingten Wertzuwachses könnte man zustimmen, besonders, da die Erträge zum Erlaß des erhöhten Umsatzsteuereins dienen sollen. Dieser Vorschlag scheint aber verschwunden zu sein, und jetzt sollen in erster Linie die Kosten für die Steuererhebung aufgebracht werden.

Wenn man aber den unbedingten Wertzuwachs befreit, so dürfte man nicht beim Grund und Boden stehen bleiben, sondern es müßte auch beim beweglichen Kapital, bei den Wertpapieren, gesehen. — § 22 erklärt die Bundesstaaten für steuerfrei. Wir haben Bedenken, Preußen mit seiner gegenwärtigen Anwartschaftspolitik diese Steuerfreiheit zu gewähren. Einen entsprechenden Antrag werden wir einbringen. (Worab! b. h. Polen.)

Abg. Raab (Hortfähr. Vpt.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zum Entwurf. Es handelt sich nur um einen ersten Versuch, der nach einigen Jahren, wenn Erfahrungen vorliegen, revidiert werden müßte. Der Reichstag müßte den Entwurf um so mehr prüfen, als er möglich den Betreffenden die ihnen zukommenden Mittel verschafft. (Worab! b. d. Wirtsch. Vereinigung.)

Abg. Wernzer (Ant.) begründet die Vorlage als populäre Maßnahme.

Abg. Paul-Godwin (Zentr.) bittet, die Steuerfreiheit der Verkäufer kleiner Grundstücke zu gewähren, wenn der Verkäufer ein Einkommen bis zu 3000 Mark hatte.

Abg. Dr. Siedel (Soz.):

Was dem Steuerrecht ist

unter der Hand ein solches Gesetz geschrieben. Die Sozialisten haben anfangs über die heringehörenden Umsetzungen bei den Nachwahlen das Bedürfnis gehabt, einer Steuer zuzustimmen, die nach einer Wertsteuer aussieht. Aber die Steuererhebungen, die nun einmal von konsequenter Festhaltung anzuwenden zu sein scheint (Hörzeit und Gehalt inkl.), hat es nun doch bedürftig, daß Rechte und Interessen aus der Steuererhebung wieder ein agrarisches Gesetz zu machen im besten Zuge sind. Man kommt mit Anträgen angedeutet zugunsten milder Mittel. Das klingt ganz schön nach Mittelstandsfreundlichkeit und ist in Wirklichkeit nichts als Demagogie. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Es handelt sich bei dem Gesetz doch um die Besteuerung des unbedingten Wertzuwachses, und da kann es gar nicht in Frage kommen, indem er zufällig, einem Vermittelten, oder einem Unbedingten.

Wir lehnen alle Abänderungsanträge ab, und beantragen die Wiederbestellung der Regierungsvorlage. Die vom Redner der polnischen Fraktion vorgebrachten Bedenken politischer Natur sind nicht zu unterschätzen. Darüber wird bei den betreffenden Paragraphen zu reden sein. Es ist nun wiederholt betont worden, daß von dem Schicksal dieser Vorlage die Feststellung des Status und die Versorgung der Veteranen abhängig wäre. Diese Art. Vorlagen für die Vorlage zu revidieren, hat auf uns recht wenig Eindruck gemacht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Für die Veteranen muß gefordert werden, einzeln, ob die Vorlage ausstünde, sondern wir aus Rücksicht auf die Veteranen etwas für eine solche Vorlage stimmen sollten, das ist etwas starkes Zumutung an unsere Gutwilligkeit, denn es heißt nichts anderes, als daß wir dem kaiserlichen Blod Vorparlamenten tun sollten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Daß der Schicksal der Vorlage in Zusammenhang mit allen Umständen nicht einschlägt, dafür wird, auch wenn ein schließlicher Entwurf abgelehnt werden sollte, der gleichzeitige Einfluß der Sozialdemokratie in den Zusammenhängen.

Ichon sagen. Ein Volk von 80 Millionen mit einer überhöhten Bevölkerungszunahme von beinahe einer Million wird und kann es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß die Steigerung des Bodenwertes ausschließlich einer kleinen, immer mehr abnehmenden Zahl von Grundbesitzern zugutekommt. (Leb. Sehr richtig! b. d. Soz.) Besser als eine solche agrarisch durchlöchernde Wertzuwachsteuer ist gar keine Wertzuwachsteuer; und wenn die Rechte und das Zentrum das Bedürfnis verspüren, durch eine wertliche Steuer den Besitz ihrer Güter zu vergrößern zu machen, so mögen sie eine solche den Besitz wertlich treffende Steuer vorschlagen, aber nicht ein neues Gesetz zugunsten der Agrarier. (Leb. Sehr! b. d. Soz.)

Sachverständigen Bernatus bittet dringend, alle Abänderungsanträge abzulehnen.

Abg. Neumann-Dorfer (Hortfähr. Vpt.): Ganz besonders unangenehm ist die Vergütung der Wertzuwachsteuer mit der Militärvorlage. Die Regierungsvorlage müßte bei uns erhebliche Bedenken hervorrufen, die aber durch die Kommission beseitigt sind. Sollte aber nach weitem Nachdenken folgen, so wird die ganze Vorlage ein Opfer in die Luft sein. Die Steuer wird dann weniger als die Erhebungskosten bringen. Es ist merkwürdig, daß gerade von den Reichsparteien diese Abänderungsanträge kommen.

Abg. Vogel (natl.) warnt davor, die Besteuerung des Wertzuwachses so weit zu treiben. Das finge in der Theorie sehr schön, doch der unbedingte Wertzuwachs befreit werden solle, in der Praxis führe es aber vielfach zu schiefen Inge-rechtigkeiten. Man solle vielmehr allmählich die Einzelheiten „sozialer“ Belastung des Wertes einhalten. Der Verzicht verzeihe eine weitere Belastung nicht, gegen diese Behauptung müsse besonders protestiert werden.

Abg. Krenndt (Nat.) dankt dem Redner für sein warmes Eintreten für den Wertzuwachs. Abn. dem Redner, persönlich ist seine praktische Durchführbarkeit der Steuer ausgeschlossen. Er habe feierlich für die Forderung einer Wertzuwachsteuer geteilt. (Sehr! b. d. Soz.) Demnach ist die Einzelheiten des Entwurfs nicht gefast. Eine Wertzuwachsteuer müsse auch das mobile Kapital treffen, sonst sei es besser, gar keine zu machen. Auch sei die ganze Materie so schwierig, daß noch nicht ein halbes Dutzend Abgeordneter die Materie des Gesetzes in allen Einzelheiten beherrschten. (Sehr! b. d. Soz.) Braucht für die laienmännlichen Abänderungsanträge und bittet zum Schluß, die Beratung möglichst abzurufen, weil ihre Verlängerung nur immer neue Zweifel und Bedenken hervorbringe.

Reichsfinanzminister Bernatus: Der Umstand, daß Herr Dr. Krenndt nur für seine Person gesprochen hat, erlaubt mir, meine Volontät für die Vorlage einzuziehen. (Sehr! b. d. Soz.) Ich habe die Verhandlungen abgebrochen, nachzukommen. (Stille und leb. Just.) Wenn das Recht, welches Herr Dr. Krenndt jetzt in Grund und Boden zu reden sucht, wirklich so ruhmlos für den Grundbesitz und so volkswirtschaftlich ist, so müßte ich mich, daß bei der ersten Lesung der Vorlage seiner Funktion so leicht für das Gesetz einträte. (Sehr! b. d. Soz.) Ich habe ein Gesetz eingebracht worden, welches hier nicht als das höchste und mangelfachste alle Gesetze bezeichnet werden ist.

Ich bitte dringend, an die Veteranen zu denken, und muß mich gegen den Vorwurf des Herrn Dr. Siedel vertheidigen, daß ich diese Vorlage mit der Regierungsvorlage verwechselt. Es ist meine Pflicht, für die Rettung der Vorlage zu sorgen.

Abg. Graf v. Helldorf (natl.): Meine Freunde in ihrer großen Mehrheit halten an der Annahmestellung fest. Die Gefahr, daß die Wertzuwachsvorläufe von den Terraingesellschaften mißbraucht werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Reichstag eines Terrains Wertes vor herüberzubringen, ist nicht nur in jeder Hinsicht zu vermeiden, sondern auch durch ein ihm abhängige Stromerwerbungen zu lassen und wäre auf diese Weise bei der Ausdehnung der Wertzuwachsvorläufe steuerfrei.

Herr Götze ist getrieben auf das Märchen von der niedrigen Einschätzung der Grundbesitzverhältnisse. Bei der Wertzuwachsvorlage kann gerade der Grundbesitzer nichts verheimlichen. Der Abgeordnete hat auch das Wort „begründet“ angewendet. Agrarisch bedeutet landwirtschaftlich, die Sozialdemokratie aber bringt damit den Satz gegen die Landwirtschaft zum Ausdruck. (Stille! b. d. Soz.) Gensler (natl.) und Krenndt sind der Vorwurf des agrarischen Wertzuwachses, den Herr Götze gegen den Entwurf erhebt, unbedeutend, aber mit Recht haben wir uns bemüht, den durch die Arbeit des Landwirtschaftsgeheimnisses Wert vor einer bevorstehenden Zuwachsteuer zu bewahren. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Dr. von Saldern (Hortfähr. Vpt.) beantwortet die Darstellung der Wertzuwachsteuer mit 3000 Mark für bebauten, resp. 10000 Mark für unbebaute Grundstücke.

Das Haus vertritt die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Die bildungsfeindlichen Mächte an der Arbeit.

In Neurode i. Schl., sollen auf Veranlassung des Verbandes der Lithographen und Steinbrüder der D. P. Farrer von Kirchfeld und Max Halbes Jugend zur Aufführung kommen. Da ein bürgerlicheres Verbot der Aufführung vom Landrat aufgehoben wurde, seihen die Schwarzen alles in Bewegung, um die Aufführung zu verhindern. Von der Anzahl und in Veranlassungen wurde mit dem Erfolge gegen den Willen der das Lokal zur Verfügung stellen sollte, gearbeitet, daß der Willen keine Aussicht zukünftig. Ganz offen wurde von den Schwarzen der Vorwurf angebracht, so daß sich keine der übrigen Lokalbesitzer getraute, seinen Satz herzugeben. Als es endlich gelang, einen Saal in einer Gastwirtschaft zu erhalten, wurde hier wieder vom Amtsbörsen und sogar vom Landrat, der die Aufführung in der Stadt gestatten wollte, die Genehmigung versagt. Feinde wurden aber vom Regierungspräsidenten eines anderen nicht. Die Vorstellungen finden nun doch statt, wenn auch nicht in der Stadt, so doch in deren unmittelbarer Nähe. — Wenn es die Verbreitung von Aufklärung und Bildung im Volke zu verhindern gilt, da finden wir in Preußen Gensarm und Pfaffen stets getreulich beisammen!

Der Kampf der Knapfarbeiter in Frankenhäusen dauert nun schon über 20 Wochen, und sein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Unternehmer wollen die streikenden Knapfarbeiter unter allen Umständen und jedem Preis zu Boden zwingen; sie sollen ausgehungert werden. Auf irgendwelche Verhandlungen gehen die Kapitalisten gar nicht ein; sie lehnen jede Verhandlung ab und wollen die Arbeitsbedingungen in ganz selbstherrlicher Weise bestimmen. — Die Arbeiter der Knapfindustrie gehören mit zu den elendesten aller ausgebeuteten und unterdrückten Proletarien. Schwindeln, Betruglichkeiten und Frankheiten der Abzugsorgane sind in der Perlmutterindustrie in geradezu erschreckendem Umfang vorhanden. Der Wiener Arzt Dr. Baß gibt in der Allgemeinen Wiener Medizinischen Zeitung das Ergebnis von

Untersuchungen der Wiener Perlmutterdreher bekannt, die er während der Dauer des dortigen Streiks vornahm. Er schreibt:

„Im ganzen erstreckte sich die Prüfung auf 150 Arbeiter, die ungefähr ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen. Zunächst wies das meist jugendliche Alter der Perlmutterdreher nur auf das 50. Lebensjahr überhinaus, darauf hin, daß mit diesem Gewerbe verhältnismäßig frühe Gesundheitsabgängen verbunden sind. Es wurde dann durch eine umfassende Statistik festgestellt, daß die Knapfarbeiter im Durchschnitt nicht mehr als 38 Jahre alt wurden. Unter ihnen 150 Arbeiter wurden 83 Erkrankungen der Atmungsorgane festgestellt, und davon erkrankten sich 71 als Tuberkulosen. Allerdings hat es den Anschein, daß die jungen Leute, die sich diesem Gewerbe zuwenden, an sich nicht aus dem besten Menschenmaterial stammen; denn es waren unter ihnen eine ermunlich große Zahl als untauglich für den Seeresdienst erklärt worden; auch waren fast Zweidrittel auffallend klein.“

Dr. Baß erklärt dann weiter die Tuberkulose schließlich für eine „Verunstaltung der Perlmutterdreher“. In Wien liegen nun aber die Verhältnisse für die Perlmutterdreher noch weit günstiger als in Frankenhäusen. In Frankenhäusen ist die Arbeit in weit größerem Umfang vorhanden, die Arbeitszeit weit länger und die Löhne viel niedriger als in Wien.

Manzig Wochen haben die Streikenden treu ausgehalten und sie werden auch ferner aushalten, bis der Übermut der Fabrikanten gebrochen ist. Die eigene Organisation und die Solidarität der übrigen Arbeiterklasse stehen hinter den Streikenden. — Zugun von Knapfarbeitern ist auch weiter festzustellen!

Aus den Nachbarkreisen.

Ein Bild aus dem „Reichslande“ Bremen.

In Winklerode, einem Orte im Amtsbezirk Worbis, in dem der Landrat Franz Worbis seinen staatschuldenden „Arbeiter“ östigt und mit Ausgrenzung wagt, daß kein freier Zutritt das Zentrumsbüro besitzt, sollte eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der unter Parteiliche Gen. Apel-Erurt über das Thema: Was müssen die Wähler vor den Reichstagswahlen wissen? zu referieren beabsichtigt. Alle Vorarbeiten waren getroffen, Arbeiter und Kleinbauern von Winklerode, Worbis und Ströhmfeld haben der Versammlung freudig entgegen, denn es war die erste, die abgehalten werden sollte.

Doch es kam anders. Zwei Tage vorher wurde die Versammlung vom Ortschulden dem Wirt verboten. Eine mündliche Unterredung mit dem Wirt und unserem Vertrauensmann endete jedoch damit, daß der Saal wieder zur Verfügung gestellt wurde. Man suchte unser Vertrauensmann den Amtsbörsen W. W. W. in Winklerode auf, um die Versammlung polizeilich anzuordnen. Da kam er aber schließlich an. „Was-a-? Ich bin in der „geheißelndigen“ Amtsbörsen an, „Sie sind wohl verrückt!“ und machte eine entsprechende Handbewegung nach der Stirn. „So eine Geheißel gibst nicht! Sie sind schon lange als sozialdemokratischer Agitator bekannt, ich werde Sie künftig mehr aus der Wirt nehmen! Genehmigung gibst nicht!“ Bei nochmaliger Vorstellung und dem Hinweis, daß es keine Genehmigung, sondern nur einer Versammlung über die erfolgreiche Anmeldebedürfnis, antwortete der Herr Amtsbörsen: „Gibst nicht“, sagte unser Vertrauensmann am Arm, „führte ihn aus der Amtsbüro“ und warf die Tür ins Schloß.

Nun begab sich unser Vertrauensmann zum Landrat Franz in Worbis, um Beschwerde zu führen. Hier empfing ihn der Sekretär, der es als seine Amtspflicht betrachtete, den Sozialdemokraten zu fragen, aber dann überzeugter Sozialdemokrat aber nur mitläufer sei. Und schließlich trieb ihn die Neugierde, zu wissen, von welcher Partei Genosse Apel Sekretär ist. Auf den Einwand unseres Genossen, daß doch diese Frage mit der Sache selbst, um berechtigt er gekommen sei, nicht zu tun habe, kam die Antwort: „Das ist doch von Bedeutung“. Während dieses Gesprächs hatte der Amtsbörsen Gelegenheit genommen, den Landrat aufzusuchen. Die Vermutung, daß das aus Gründen der Versammlung geschah, liegt nahe. Nachdem die Konferenz zwischen den beiden Herren beendet, wurde unser Genosse vorgelesen. Doch hier ging es ihm nicht besser, als beim Amtsbörsen.

Zunächst erfolgte Vortrag über die „Gesundungswandlung“ der Genossen Liebmann und Ebelmann, die auf ihrer Amerikareise zu der Ansicht gekommen seien, daß es den Arbeitern „bort brühen“ viel schlechter gehe als den Bauern. Alles was wir über unsere Endziele sagten, sei vergessen. „Ja“, meinte er, „wenn der Mann (der Referent) kommt, da spricht er zu den Arbeitern: Ihr bezahlt viel Steuern und habt keine Rechte, da kriegt er natürlich recht!“ Auf die Bemerkung unseres Genossen, daß er beschwerdefähig und nicht um Vortrag anzuhören gekommen sei, kam der Rat des Worbisfeldandes in unbedenklicher Erregung: „Nehmen Sie sich in acht, Sie roter Brädel! Es ist gut, daß ich Sie kenne!“ — „Sie lesen nur einseitige sozialdemokratische Setzungen und sind deshalb ganz verblödet!“ — „Der Amtsbörsen hat ganz recht, in meinem Reich gibst so etwas (die Versammlungen) nicht!“ Unser Vertrauensmann wendete ein, daß die Versammlungseinladungen ergangen seien und der Referent seine Dispositionen schon getroffen habe. Darauf als Antwort:

Schluss des Ausverkaufs Ende dieser Woche.

Preise nochmals ermäßigt.

W. Brackebusch, Gr. Ulrichstrasse 37. Größtes Spezial-Geschäft für Herren-Bedarfs-Artikel.

Februar 813.

